Nummer 352 — Halle, Dienstag, den 19. Dezember 1922 — 57. Jahrgang
Einzelpreis: Zwanzig Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 300.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 350.00, in den Ausgabestellen abgeholt Mark 370.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 24.00, im auswärtigen Verkehr Mark 30.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 80.00 im Ortsverkehr und Mark 120.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

Eine Kommission neutraler Sachverständiger ··· Wiedfeldt bei Morgan ··· Erst die Lösung der Reparationsfrage, dann die Anleihe ··· Das französische Versteckspiel ··· Der Dollar steigt wieder.

Morgans Bereitwilligkeit.

New York, 19. Dezember. Eig. Drahtmeldung.) Das Bankhaus Morgan veröffentlicht eine Mitteilung in der New Yorker Presse, worin sie mitteilt, daß am letzten Samstag in den Räumen der Bank in der Wallstreet eine längere Konferenz mit dem deutschen Botschafter Wiedfeldt stattgefunden habe. Von Seiten der New Yorker Bankiers wurde Wiedfeldt mitgeteilt, daß an die Möglichkeit einer Anleihe für Deutschland erst nach der Regelung der Reparationsfrage zu denken sei, daß also in eine geschäftlich-praktische Erörterung der Frage erst eingetreten werden könne, wenn auf der bevorstehenden Pariser Konferenz Anfang Januar die Grundlagen dafür geschaffen werden. Morgan erklärte weiter, daß ihm viel daran gelegen sei, Deutschland zu helfen und daß sich seine Haltung seit der Bankierkonferenz im verflossenen Juli nicht geändert habe. Die augenblickliche Lage sei aber derart, daß der Plan einer Anleihe erst dann in Betracht gezogen werden könne und Besprechungen hierüber stattfinden könnten, wenn eine Regelung der Reparationsfrage gefunden worden sei.

*

Paris, 19. Dezember (Eigene Drahtmeldung.) „New York Herald" meldet zu der Unterredung zwischen Morgan und Wiedfeldt noch weiter, Morgan habe in seiner Unterredung mit Hughes und Harding die Bildung einer Finanzkommission angeregt, die Deutschlands wirkliche Zahlungsfähigkeit festsetzen solle. Washington hatte daraufhin bei den europäischen Regierungen inoffiziell anfragen lassen, ob sie mit der Bildung einer solchen Kommission einverstanden sei, in die vorwiegend Sachverständige der nicht an den Versailler Vertrag gebundenen Mächte gewählt werden sollen, also eine unparteiische Kommission. Wiedfeldt soll nun bei seiner Unterredung mit Morgan diesen bereits die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung mitgeteilt haben, einen solchen Schiedsspruch anzuerkennen.

Die deutschen Reparationsbesprechungen.

Berlin, 19. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Die Besprechungen der Reichsregierung mit den Industriellen und Bankiers wurden gestern den ganzen Tag über fortgesetzt. Von industrieller Seite nahmen u. a. Duisberg, Silberberg, Hagens und Reisch, von den Bankiers u. a. der Direktor Wassermann und Urbig teil. Die Besprechungen der Bankwelt über die beabsichtigten Ergänzungsvorschläge wurden heute vormittag fortgesetzt und werden wahrscheinlich auch den Rest des Tages in Anspruch nehmen. Die Reichsregierung beabsichtigt, auch mit Vertretern der Landwirtschaft und der Gewerkschaften, wie überhaupt mit allen Wirtschaftskreisen in Besprechungen einzutreten.

Französisches Mißtrauen.

Paris, 19. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Zu der starken Skepsis, mit der man bisher hier über die Interventionsabsichten der amerikanischen Regierung geurteilt hat, gesellt sich, je mehr die Nachrichten sich präzisieren, ein starkes Mißtrauen. Man befürchtet, daß vor allem die politischen Bedingungen, die die Regierung von Washington an eine Hilfsaktion der amerikanischen Banken knüpfen werde, bei der öffentlichen Meinung Frankreichs auf starken Widerstand stoßen würden, da die amerikanischen Vorschläge weit günstiger für Deutschland als für Frankreich seien. Insbesondere scheint man hier neue amerikanische Abrüstungsvorschläge zu Wasser und zu Lande zu befürchten.

Paris, 19. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Die französische Regierung betont nach wie vor, daß ihr amtlich von Washingtoner Vorschlägen nichts bekannt sei. Weder ihr Botschafter in Washington noch der hiesige amerikanische Botschafter hätten irgendwelche amtliche Mitteilung von Washington über die amerikanischen Reparationspläne erhalten. Nach wie vor steht die französische Regierung dem ganzen Plane ziemlich skeptisch gegenüber und gibt infolgedessen auch solche Instruktionen an die Regierungspresse, welche fortfährt, das gesamte Projekt wenig sympathisch zu begrüßen.

*

Der „Temps" nimmt in einem Artikel zu den amerikanischen Interventionsabsichten Stellung. Obwohl das französische Blatt an erster der Meldung der „Morningpost" Glauben schenken möchte, wonach alle diese Meldungen nicht auf die Regierung in Washington zurückzuführen sind und bestenfalls von einer Seite ausgehen, die das Interesse verfolgt, amerikanische Lebensmittel zu teueren Preisen in Deutschland zu verkaufen und dem Lande nur zu diesem Zwecke eine Anleihe verschaffen wolle, benutzt es doch die Gelegenheit, die sich durch die jetzige Diskussion bietet, um den französischen Standpunkt in der Frage einer amerikanischen Europakonferenz klar zu machen. Dem „Temps" zufolge kann dieser Standpunkt nur ein durchaus ablehnender sein. Zunächst ist die jetzige amerikanische Regierung, die gegen den Präsidenten Wilson gewählt worden ist, gar nicht in der Lage, mit den Alliierten gemeinsame Sache zu machen. Sie ist auch nicht imstande, in der Frage der europäischen Kriegsschulden Zugeständnisse zu gewähren, und ihre Vertreter auf einer Europakonferenz würden deshalb zur Machtlosigkeit verurteilt. Eine Gesamtkonferenz dieser Art würde die Probleme nur verwickeln, und die Lösungen, die bereits ins Auge gefaßt wurden, verhindern. Außerdem, so fährt das Blatt fort, ist das französische Publikum der Konferenzen müde. Es wünscht nicht, daß Amerika in die Reparationsfrage eingreife, und es wünscht vor allem nicht, daß man neue Verhandlungen eröffnet, ehe Pfänder ergriffen worden sind, die die Zahlungen Deutschlands unter allen Umständen sicherstellen. Die Alliierten haben es nur mit Deutschland zu tun, und nicht mit einem Dritten, der sich als Vermittler oder Schiedsrichter einsichten müßte. Wenn die amerikanischen Bankiers Deutschland eine Anleihe gewähren wollen, werden die Alliierten das begrüßen. Aber Deutschland hat die Verpflichtung, keinerlei Vorschläge zu machen, und die Alliierten werden danach selbständig entscheiden, welche Erleichterungen sie Deutschland gewähren wollen. Frankreich seinerseits wird in diesem Falle alles daranlegen, um die wirklichen Heilmittel für die deutsche Finanzlage zu finden, und das wäre, so schreibt das Blatt, viel wertvoller als eine neue große Konferenz, die doch nur eine Falle für die Alliierten wäre.

Eine Erklärung Borahs.

Größere Zurückhaltung in Amerika?

Paris, 19. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Aus Washington wird gemeldet: Senator Borah veröffentlicht eine Erklärung, in der er kategorisch feststellt, daß die Gruppe der sogenannten unversöhnlichen Senatoren, deren Standpunkt er vertritt, jeder Intervention der amerikanischen Regierung zum Zwecke der Herbeiführung der Ordnung in der Reparationsfrage sich widersetzen würde, wenn die Alliierten nicht gleichzeitig ihre Haltung gegen Deutschland wesentlich änderten. Senator Borah sagt, die Alliierten müßten zunächst Ordnung in ihre eigene Wirtschaft bringen, ehe man einen Unternehmen dürfe, um Europa zu retten. Die „New York Times" fügt hinzu, diese Erklärungen des Senators Borah liefere einen neuen Beweis für die großen Schwierigkeiten, die die amerikanische Regierung finden würde, wenn sie ihren Wunsch nach einer Unterstützung Europas verwirklichen wolle.

*

London, 18. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Es verlautet hier, daß in der Frage der amerikanischen Intervention sich Washington heute „reserviert" verhalte. Die „Pall Mall Gazette" erklärt, daß Präsident Harding sich ebenfalls in äußerster Reserve diesen Fragen gegenüber verhalte. Der Washingtoner Korrespondenz „Scerch" wird gemeldet, daß die amerikanische Regierung den Abschluß zweier Verträge vorschlagen werde, die den Friedensvertrag von Versailles ersetzen sollten. Sofort nach der Unterzeichnung würden drei amerikanische Bankgruppen Deutschland einen Kredit von 1,5 Milliarden Dollar für den Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen in Amerika gewähren. Die amerikanische Regierung würde diesen Kredit garantieren, dafür aber eine erste Hypothek auf die deutschen Guthaben fordern, insbesondere auf Zölle und Steuern. Dagegen würde Amerika die Bezahlung der Reparationen durch Deutschland garantieren. Die genannte Bankengruppe würde außerdem eine private Anleihe von 750 Millionen Dollar an Deutschland gewähren, die hauptsächlich durch Industrieaktien zu sichern wären. Allen Optimisten gegenüber erklärt der „New York Herald", daß in offiziellen amerikanischen Kreisen nicht der geringste Zweifel darüber bestehe, daß die amerikanischen Sympathien ganz auf Seiten Frankreichs stehen. Unterhandlungen zwischen Amerika, Frankreich und Deutschland seien im Gange. Weiter meldet „Daily Telegraph", daß die amerikanischen Bankiers sich gegenüber dem Plan der Regierung über größere Anleihen skeptisch zeigen.

Derby gegen Sanktionen.

Paris, 19. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Der englische Kriegsminister Lord Derby ist gestern nachmittag vom Präsidenten der Republik, Herrn Millerand, empfangen worden. In seinen Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten und mit Herrn Millerand hat Lord Derby auf die überaus starke Gegnerschaft hingewiesen, die in der englischen öffentlichen Meinung gegen den Plan einer Besetzung des Ruhrgebietes besteht. Jedenfalls würde England eine derartige Maßnahme nicht begreifen können. Lord Derby, der in Paris als ein sehr überzeugter Freund Frankreichs und Parteigänger der französisch-englischen Entente bekannt ist, hat sich damit zum Wortführer der bereits von Bonar Law ausgesprochenen Einwände gemacht. Heute früh ist Lord Derby nach London zurückgereist. Lord Derby hat sich in hiesigen englischen Kreisen sehr optimistisch über die internationale Lage geäußert. Er hat allem Anschein nach den Eindruck gewonnen, daß die nächsten Monate eine Gesamtregelung der großen Schuldenprobleme bringen und daß Frankreich diese Gesamtregelung nicht erschweren will.

Die Antisemiten strenger Rassenobservanz haben sich zur „Deutschvölkischen Freiheitspartei" zusammengeschlossen. Die Gründer sind die drei ehemaligen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Gräfe, Henning und Wulle, dann Graf Reventlow, Oberst Eylander (München), Dinter, der Verfasser der „Sünde wider das Blut". Die Geschäftsstelle der neuen Partei befindet sich in demselben Hause, in dem sich auch die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung" niedergelassen hat.

Heutiger Stand des Dollars 7284!

Amerikas Voraussetzungen.

Noch weit vom Ziel.

Die Erleichterung, die die Aussicht auf die Möglichkeiten gebracht hat, die sich politisch und wirtschaftlich für Deutschland mit dem neuen Jahre anfündigen, ist trotz der Plötzlichkeit, mit der sie sich finanziell geltend gemacht hat, ohne die verwirrenden und erschütternden Folgen geblieben, die ein Teil der Finanzkreise von ihr befürchten zu müssen glaubte. Die Börse hat auf den Sturz des Dollars zwar mit starker Zurückhaltung und selbstverständlich auch mit einer gewissen Abschwächung reagiert, von einer Panik oder gar von einer Katastrophe aber war keine Rede, und der berüchtigte schwarze Tag, der aus dem Dezember des Vorjahres noch in schlimmer Erinnerung ist, hat keine Wiederkehr erlebt. Die Wirkung auf die Wirtschaftslage, im besonderen die Erleichterung auf dem Markt des täglichen Bedarfs setzt sich freilich nur sehr langsam durch, was durchaus verständlich ist und auch durch die bevorstehenden Feiertage begründet wird. Der beginnende Umschwung findet die Deutsche Regierung mitten in der Vorbereitung für die Maßnahmen, mit denen sie ihre aktive Mitarbeit an der Lösung des großen Weltproblems praktisch betätigen will. Die Besprechungen mit Vertretern der in Frage kommenden Kreise sind am Montag wieder aufgenommen worden und werden andauern. Sie beschränken sich keineswegs auf die Hinzuziehung von Vertretern der Industrie und der Finanz, auch aus den Kreisen der Landwirtschaft und der Gewerkschaften und aus allen im Wirtschaftsleben eine Rolle spielenden Körperschaften sollen Sachverständige zu den Ansichten der Regierung gehört und zu Rate gezogen werden. Die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit soll dabei geklärt werden, und das Ziel ist die Ausarbeitung von Finanzvorschlägen zu der Note vom 14. November und den nach London übermittelten Angeboten. Man will damit so rechtzeitig fertig werden, daß für den Fall eines möglichen Eingreifens in die auf den 2. Januar berufene Pariser Konferenz das deutsche Material abgeschlossen und einwandfrei zur Verfügung steht.

Inzwischen scheint es, daß mit der Möglichkeit eines Ausfallens der Pariser Konferenz gerechnet werden muß. War es von vornherein nach dem Ergebnis von London fraglich, ob man in Paris erheblich weiterkommen und eine positive Lösung finden werde, und tauchte schon bald der Gedanke auf, daß auch die Januarkonferenz der Diplomaten ihre Aufgabe an die Sachverständigen weitergeben müsse, so ist durch die neuerliche Wendung der amerikanischen Politik ein entscheidender Schritt erfolgt, dessen Bedeutung die Möglichkeiten der Pariser Konferenz weit übertrifft. Mit der Lebhaftigkeit und Großzügigkeit, die für die Betätigung der Vereinigten Staaten in weltbewegenden Fragen kennzeichnend ist, wenn erst einmal der Wille zu solcher Betätigung sich durchgesetzt hat, greifen die Pläne der Washingtoner Politik und der Neuyorker Finanz das Wirtschaftsproblem Europas und der Welt an und bestimmen die Richtung, in der es sich weiterbewegen soll. Bedeutungsvolle Besprechungen haben in Washington und Neuyork in den politisch und finanziell führenden Kreisen stattgefunden; hervorragende Sachkenner aus beiden Lagern werden zur Erweiterung und Vertiefung der dabei gewonnenen Einblicke erwartet, und schon beginnen sich die Umrisse der Voraussetzungen deutlich zu zeigen, die für ein aktives Eingreifen Amerikas in die europäischen Probleme gestellt werden, und auch die Art dieses Eingreifens selbst läßt sich bereits erkennen. Die Voraussetzungen liegen in der Richtung, daß Amerika seine Vorschläge und Angebote machen wird, wenn es Gewähr dafür hat, daß die Regelung der europäischen Verhältnisse ihre Durchführung nützlich und erfolgreich erscheinen läßt, und wenn es für seinen Einsatz die nötigen Sicherheiten erlangen kann. Dazu gehört die Ausschaltung jeder Gewaltpolitik und jedes auf wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands gerichteten Planes, und dazu gehört weiter die Ueberlassung eines Teiles der Hypotheken auf Deutschlands Wirtschaft, die sich die Alliierten im Versailler Vertrag geschaffen haben, an Amerika. Erfüllen sich diese Voraussetzungen, dann ist die Grundlage für eine erfolgversprechende Wirtschaftskonferenz gegeben, und das Ziel liegt einmal in einer Anleihe an Deutschland für die Stabilisierung der Mark und zum zweiten in der endgültigen Regelung der Reparationen, die in Zusammenhang gebracht werden soll mit der Regelung der interalliierten Kriegsschulden. Bei dieser letzten Frage liegt angesichts der amerikanischen Auffassung die besondere Schwierigkeit.

Die in Aussicht genommene Anleihe an Deutschland soll nicht von der amerikanischen Regierung, sondern von einem Bankkonsortium ausgehen, das dafür allerdings von der Regierung Garantien erhalten soll, und für diese Garantien wiederum sollen der Regierung die deutschen Leistungen zum Teil bürgen, auf die jetzt, gestützt auf den Versailler Vertrag, die Alliierten die Hand halten. Neben diese lozusagen staatlich gestützte Anleihe, deren Priorität gegenüber allen anderen Schulden Deutschlands gesichert sein soll, wollen dann die amerikanischen Bankiers noch eine zweite, rein private Anleihe stellen. Als Zahlen werden für die erste Anleihe anderthalb Milliarden Dollar, für die zweite 750 Millionen Dollar genannt. Ein Teil des Anleihevertrages soll für die Reparationsansprüche, besonders für die Frankreichs, zur Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221219017/fragment/page=0001

fügung stehen. Diese kurze Charakteristik gibt nur die rohen Umrisse der amerikanischen Pläne, über deren Einzelheiten die amerikanische, englische und französische Presse Ausführliches berichtet. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es sich in allen diesen Dingen noch um Projekte und Möglichkeiten handelt, über deren Durchführbarkeit das letzte Wort ebensowenig gesprochen ist wie über die Wege, auf denen man zu ihrer Einleitung zu gelangen hofft. Der Optimismus, mit dem man in Deutschland diese Fragen betrachtet, wird daher gut tun, sich gewisse Schranken zu setzen. Dieser Rat erscheint angebracht auf Grund früherer, bitter enttäuschender Erfahrungen — so wenig er der zuversichtlichen Stimmung gerade in der vorfestlichen Zeit die Berechtigung aussprechen und den Glauben schwächen will.

Die Lage in Warschau.

Warschau, 19. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Obwohl die gerichtliche Untersuchung des Mordes an Narutowicz unter Wahrung des strengsten Geheimnisses fortgeführt wird, läßt sich nicht verkennen, daß die Spur zu Hallerschen Organisationen führt. Gestern abend wurden der Oberst Modelski, Hauptmann Malinowski und Leutnant Sterocyinski, sämtlich vom sogenannten Haller-Verband, verhaftet. In der Nacht auf heute wurde der Oberst im Generalstab, Domoyno, Sotobuh, nach dem Militärgefängnis abgeführt. Zahlreiche weitere Verhaftungen von Offizieren sollen unmittelbar bevorstehen.

*

Warschau, 19. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Ministerpräsident Sikorski hat im Disziplinarverfahren mehrere Polizeibeamte, besonders den Warschauer Sicherheitsdirektor, des Amtes enthoben. In der Stadt herrscht infolge der energischen Haltung der neuen Regierung Ruhe. Die Leiche von Narutowicz wird drei Tage im Kgl. Schloß aufgestellt. Die Blätter betonen die Schnelligkeit der Entscheidungen, die die Staatsmacht sofort wiederherstellen, indem die Hauptämter populären und energischen Männern übertragen wurden.

Der „Schutz Konstantinopels" in Lausanne.

Lausanne, 19. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) In der gestrigen Sitzung der Meerengenkommission wurden die türkischen Gegenvorschläge und diejenigen der Verbündeten beraten. Lord Curzon wies in längerer Rede auf die Vorschläge hin, die den Verhandlungen zwischen den Verbündeten und den türkischen Sachverständigen als Grundlage gedient haben. Die Türken bestanden u. a. in ihren Gegenvorschlägen darauf, daß die drei, den Meerengen vorgelagerten Inseln Samothrake, Imbros und Tenedos der türkischen Souveränität unterstellt und die Insel Lemnos neutralisiert werden solle, eine Forderung, welche die Alliierten bisher strikt ablehnten und noch ablehnten. Zu einem Resultat ist man in der gestrigen Sitzung nicht gelangt. Nachmittags ist die Meerengenkommission wieder zusammengetreten. Sie befaßte sich mit dem von den Russen überreichten Memorandum auf die Vorschläge der Verbündeten. Der russische Standpunkt, der in längeren Ausführungen dargelegt wurde, hält zwar an der Schließung der Meerengen durch Kriegsschiffe fest, will aber leichten Kriegsschiffen unter gewissen Umständen und besonderen Bedingungen die Durchfahrt gestatten. Die Orientkonferenz wird zu Weihnachten nicht auseinandergehen, sondern ihre Arbeiten zu Ende führen. Nur für wenige Tage tritt eine Pause ein. — Lord Curzon hatte gestern eine Privatunterredung mit Tschitscherin.

Die Strafanträge im Rahardt-Prozeß.

Berlin, 18. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Oberstaatsanwalt Lubort beantragte im Rahardt-Prozeß folgende Gesamtstrafen: Gegen Karl Rahardt drei Jahre, sechs Monate Gefängnis und 450 000 Mark Geldstrafe sowie drei Jahre Ehrverlust (unter Anrechnung von acht Monaten Untersuchungshaft); gegen den Angeklagten Sonnenburg fünf Monate Gefängnis, 30 000 Mark Geldstrafe (unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft), außerdem Gewährung einer dreijährigen Bewährungsfrist; gegen den Angeklagten Müller 6 Monate Gefängnis; gegen den Angeklagten Erich Rahardt drei Jahre Gefängnis, eine Million Geldstrafe, drei Jahre Ehrverlust (unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft); der Angeklagte Erich Rahardt bezeichnete der Staatsanwalt als einen der größten Schieber, die die Republik kennen gelernt habe; gegen den Angeklagten Römer wurden ein Jahr drei Monate Gefängnis, 700 000 Mark Geldstrafe (unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft) beantragt; gegen den Angeklagten Kruse sechs Monate Gefängnis, 500 000 Mark Geldstrafe, unter Gewährung einer dreijährigen Bewährungsfrist; gegen den Angeklagten Rost neun Monate Gefängnis und 500 000 Mark Geldstrafe. Den Angeklagten Eck beantragte der Staatsanwalt freizusprechen. Der Vorsitzende ließ darauf eine Pause eintreten, um denn den Verteidigern das Wort zu erteilen. Die Verteidiger erklärten jedoch erst morgen sprechen zu wollen. Karl Rahardt ließ sich auch ins Gefängnis zurückführen und legte sich dann zu Bett. Das Gericht beschloß daher die Verhandlung bis morgen auszusetzen. Sollte der Angeklagte nicht imstande sein, im Gerichtssaal zu erscheinen, dann wird das Gericht Vorsorge treffen, daß die Verhandlung im Gefängnis weitergeführt wird.

Preisabbau.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Die Woche des fallenden Dollarkurses hat viel Aehnlichkeit mit jenen Tagen Ende Juni 1919, als man in Versailles zusammentam, um den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Ein vierjähriger Krieg war zu Ende. Man atmete auf. Die Oberkellner in Basel gaben dem Schreiber dieser Zeilen fünfzig Schweizer Rappen für die deutsche Mark, obwohl der offizielle Kurs in den dreißiger Centimes sich bewegte. Man glaubte an den Aufstieg, man faß das Licht des Friedens. 48 Stunden später fiel die Mark allgemein wieder auf 30 Centimes und erholte sich seitdem nicht mehr. Wie ist es heute?

Ein zweiter vierjähriger Krieg von Ende 1918 bis Ende 1922 scheint abgeschlossen zu sein. Nennen wir ihn den Reparationskrieg. Aus Amerika winkt Hilfe und Erlösung. Die Mark steigt. Wird sie weiter steigen? Werden die Preise fallen und wird die Lebenshaltung der in ehrlicher Arbeit verdienenden Menschen in Deutschland erträglich werden?

In der trostlosen Periode der sogenannten Anpassung an die Geldentwertung hat der deutsche Verbraucher wehrlos eine Ueberfülle von Preiserhöhungen, Gebührenteuerungen und sonstigen Belastungen hinnehmen müssen, welche die Betriebe als unentbehrlich zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungsfähigkeit erklärt haben. Diese rapide anschwellenden Kosten, die sich schließlich zu dem Gesamtbild einer unerhörten Teuerung gestaltet haben, wurden als unvermeidliches Uebel angesehen, wenn auch bald der Verdacht sich regte, daß hier und dort ein Uebermaß von Verteuerung herrsche, das in den tatsächlichen Ausgaben der produzierenden Betriebe keine Begründung habe. Das taufende Publikum wurde daran gewöhnt, daß der Dollarstand die Preise der Bedarfsgegenstände, besonders der Lebensmittel, maßgebend beeinflußt. Während der Katastrophenhausse wurden die Preise von Tag zu Tag, oft zweimal täglich hinaufgezeichnet. Heute erwarten die Käufer, daß bei rückgängigem Dollar ebenso automatisch ein Preisabbau eintritt. Ist davon etwas zu spüren? Die Antwort darf lauten: Allerdings, ein wenig, und zwar gerade bei den Lebensmitteln. In den Berliner Markthallen sanken sich verschiedene Waren um 10 bis 25 v. H. Für Gänse zahlen die Hausfrauen, die sich einen solchen Weihnachtsbraten leisten können, nicht mehr 1000, sondern 800 Mark das Pfund. Schmalz fiel um 350 Mark das Pfund. Rindfleisch kostet bei den Großgeschäften nur noch 390 Mark. Aber schon bei der Butter und der Margarine macht sich die Unsicherheit bemerkbar. Man weiß nicht, wie die Kurse lauten werden. Man wartet ab und zeichnet nicht herunter. Woher soll der Einzelverkäufer den Heroismus hernehmen, die Ware, die er mit Aufbietung seiner letzten finanziellen Kräfte, unter Anspannung seines äußersten Kredits eingekauft hat, billiger herzugeben als er kalkuliert? Sind doch auch die Lager dieser Grossisten noch mit Ware angefüllt, die auf der Basis eines Dollarstandes von 8000 bis 9000 eingekauft worden ist. Wer soll die Verluste bei billigerem Verkauf tragen? Wahrscheinlich wie immer der Kleinere, der Schwächere und letzten Endes der Konsument. Aber irgendwo muß ein Anfang gemacht werden. Sollte wieder einmal ein Käuferstreik einsetzen, so trifft er leider den Detailhandel und nicht die Zentren der Produktion, die zum Teil mit übermäßigen Gewinnen gearbeitet haben. Sache der Politik wird es sein, die Verluste der Preissenkung möglichst rasch und reibungslos auf die tragfähigeren Schultern überzuwälzen. Der erste Friedensschluß von 1918/19 war für die Kriegsgewinnler ein Schlag ins Kontor. Der zweite Friedensschluß von 1922/23, den wieder Amerikas Eingreifen zu Wege bringen wird, soll eine Schreckenszeit sein für alle jene, die aus deutschem Währungsverfall Honig saugten. Anlaß zur Schadenfreude besteht allerdings für keine Schicht und keinen Stand, auch nicht für die, die bisher von den Profiten ausgeschlossen, zu den Leidtragenden gehörten. Die Krise des Preisabbaues wird nur wenige verschonen. Wiederum Sache der Politik ist es, den Lohnabbau langsam und vorsichtig nur da zu beginnen, wo die Entlohnung wirklich mit der Geldentwertung ging. Weite Volksschichten, der Mittelstand, die freien Berufe sind ja deshalb so jammervoll verarmt, weil ihr nur wenig steigendes Einkommen in schreiendes Mißverhältnis zur rasenden Teuerung trat. Der Preisabbau wird mit gewissen Imponderabilien und psychologischen Mitteln arbeiten müssen. Und Sache des Staates ist es, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. In der Tschechoslowakei setzte der Postminister am 1. Oktober dieses Jahres seine Tarife um 20 bis 30 Prozent herunter. Einen noch stärkeren Abbau begann Dänemark schon im April. Die deutschen Tarife aber wurden infolge des drohenden Riesendefizits ungeheuerlich erhöht! Sie werden die ersten sein müssen, die wieder nach unten gehen, sozusagen als Sauerteig der allgemeinen wirtschaftlichen Preissenkung.

Hoffentlich kommen wir bald dahin, hoffentlich geht die Entwicklung zum Besseren ungestört vor sich und die Enttäuschung bleibt uns erspart.

Zeitungspreise für Januar.

Berliner Tageblatt	bei der Post	2000	M
Frankfurter Zeitung	„ „	1900	M
Kölnische Zeitung	„ „	1900	M
Disch. Allg. Zeitung	„ „	1850	M
Berliner Börsenkurier	„ „	1800	M
Berliner Börsenzeitung	„ „	1800	M
Hamburger Fremdenblatt	„ „	1800	M
Lokal-Anzeiger	„ „	1600	M
Kreuzzeitung	„ „	1500	M
Deutsche Tageszeitung	„ „	1500	M
Vorwärts	„ „	1400	M

Neue Teuerungsaktion der Beamten und Staatsarbeiter.

Berlin, 18. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Die in der letzten Woche abgeschlossene Teuerungsaktion für die Beamten und Staatsarbeiter, die den letzteren für die ersten Dezemberhälfte eine Stundenlohnerhöhung von 40 Mark und für den Rest des Monats weitere 40 Mark pro Stunde gebracht hat, ist hauptsächlich in Arbeiterkreisen als vollkommen unzureichend bezeichnet worden. Die Unruhe, die sich infolgedessen der Beleschaften zahlreicher Reichsbetriebe, in erster Linie der Eisenbahn- und Postarbeiter, bemächtigt hat und in einzelnen Gegenden des Reiches, namentlich im Industrierevier mit seiner besser bezahlten Arbeiterschaft der Privatbetriebe zu Bedenken Anlaß gibt, hat die Spitzengewerkschaften veranlaßt, sich mit der Frage einer neuen Teuerungsaktion zu beschäftigen. Die Organisationen der verschiedenen Richtungen haben sich am letzten Sonnabend in gemeinschaftlichen Besprechungen entschlossen, am letzten Montag eine Deputation zum Reichsfinanzminister Dr. Hermes zu entsenden mit dem Verlangen, Verhandlungen über eine nachträgliche Erhöhung der für die zweite Dezemberhälfte vorgesehenen Staatsarbeiterlöhne einzuleiten. Die Beamtenorganisationen sind von den Spitzengewerkschaften eingeladen worden, sich diesem Schritt hinsichtlich der Beamtengehälter anzuschließen und haben, wie wir hören, dieser Einladung auch bereits Folge geleistet.

Abg. Heile über die Abstimmung in Hannover. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Heile, der in Südhannover-Braunschweig gewählt ist, ist bekanntlich ein überzeugter Anhänger des Neugliederungsgedankens des Reiches und bisher stets für eine baldige Abstimmung in Hannover eingetreten. Jetzt veröffentlicht er in der von ihm herausgegebenen „Hilfe" eine Erklärung, in der er mitteilt, daß er im Hinblick auf den von den Rheinländern aller Parteien geäußerten Wunsch, die Abstimmung in Hannover möge jetzt nicht stattfinden, sich entschlossen habe, dem Rechnung zu tragen, und die Führer der Deutschhannoverschen Partei gebeten habe, ein gleiches zu tun. Man fürchtet nämlich im Rheinland, daß die Rheinlandkommission von ihrem „Rechte" der Kontrolle der deutschen Gesetze und ihrer Anwendung im besetzten Gebiete Gebrauch machen und behaupten würde, daß der reichsgesetzliche Abstimmungsmodus nicht geeignet sei, den wahren Willen der Bevölkerung festzustellen; daß also die Franzosen eine Abstimmung nach der bewährten Methode Eupen-Malmedy anordnen und dann gleich über den Verbleib beim Reiche „abstimmen" lassen könnten. Heile ist zwar fest überzeugt, daß die Franzosen sich damit eine ganz gründliche moralische und praktisch-politische Niederlage holen würden, hat sich aber doch entschlossen, der Sorge der Rheinländer Rechnung zu tragen.

Französische Rennen auf deutsche Kosten. Der „Mittag" in Düsseldorf, eine westdeutsche Tageszeitung für Sport, Verkehr, Politik und Kunst, ist von der französischen Besatzungsbehörde auf acht Tage verboten worden. — Die Franzosen veranstalteten im vergangenen Sommer in Wiesbaden Pferderennen mit nur französischem Material, das sie aus Frankreich kommen ließen. Diese Tatsache wäre der Sportredaktion des „Mittags" kaum Gegenstand von Sportbriefbetrachtungen geworden, wenn sich nicht herausgestellt hätte, daß das Deutsche Reich den Transport der französischen Pferde, ihren Unterhalt usw. hätte bezahlen müssen. Ein Hinweis auf diese Ungeheuerlichkeit paßte den Franzosen nicht, die hier eine Verbindung von Sport und Politik — so sagte die Besatzungsbehörde — glaubten bestrafen zu müssen. Daß das ausgerechnet von französischer Seite gesagt wurde, die heute noch den deutschen Sport aus rein politischen Motiven boykottiert, macht das Verbot der westdeutschen Zeitung zur mutwerzerrten Glosse. Man dürfte der Düsseldorfer Redaktion zu dem Verbot gratulieren, wenn der Verlag nicht finanziell Schaden hätte. Auch dieser wird zu ertragen sein, denn man weiß, daß französische Freundschaft besonders am Rhein nur verdächtigen könnte. „Wer grob wird, hat Unrecht". Der französische Kommandant in Düsseldorf ist — gelinde gesagt — grob geworden.

„Stagerrafschlacht" und „Fremdenlegionär Kirsch" verboten. Die Filme über die „Stagerrafschlacht" und „Der Fremdenlegionär" von Kirsch hat die Rheinlandkommission in der Annahme, daß sie geeignet seien, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu beeinträchtigen, verboten und ihre Beschlagnahme beschlossen.

Bismarck als Jäger.

Daß Bismarck ein großer Freund der Jagd und in seinen jungen Jahren selber ein leidenschaftlicher Jäger war, ist allbekannt. Da interessiert es gewiß Jagdliebhaber, von Bismarcks Wirken als Jäger auf seinem Varziner Gut einige kleine Anekdoten zu hören. In dem soeben in E. F. Köhler Verlag zu Leipzig erschienenen Buch des alten Varziner Oberförsters Ernst Westphal, der heute noch als Sechsundachtzigjähriger in Stolp in Pommern lebt, „Bismarck als Gutsherr", bringt der Verfasser einige wertvolle Beiträge zu diesem Kapitel.

Die Jagd auf der Besitzung war schlecht. Der Graf behauptete, daß er bei der ersten Besichtigung nur drei Hasen gesehen habe, wovon der eine nur zur Hälfte zu Varzin gehörte, da er genau auf der Grenze gesessen habe. Wegen dieser nur zweieinhalb Hasen wurde die Hasenjagd vorläufig verboten. Dagegen hielt ich zwei Treibjagden auf Füchse ab. Zuerst kamen 18 zu Schuß, zwölf zur Strecke, das zweitemal zwölf und neun. Nach einigen Jahren wurden auf einer kleinen Treibjagd 30 Hasen geschossen, Wildschweine ließ der Graf gern abschießen, damit die Bauernäcker weniger Schaden hätten. Der Rehstand war gering, es waren höchstens 80 Tiere vorhanden. Einige Stücke Schwarzwild wechselten über die Beßmicker und Jennewitzer Grenze. Ein Rot- und Damwildstand fehlte in Varzin, wie in der ganzen Umgegend. Der nächste Rotwildstand war in Karzin (Bez. Köslin). Als der Besitzer von Karzin seinen gesamten Wald zur Abholzung verkaufte, wurden die Hirsche in alle Winde vertrieben; auch in dem Varziner Forst siedelten sich einige Stücke an. Obwohl das Rotwild nicht gehegt wurde, vermehrte es sich in dreißig Jahren so rasch, daß eine Abnahme des schon recht guten Rehstandes bemerkbar wurde.

Bismarck war ein großer Jäger und ging gern auf die Jagd. Eines Tages ging er mit mir auf die Saujagd; er stand auf einem sogenannten Kreuzgestell. Als ein Wildschwein schräg an ihm vorüberwechselte, ging er ihm nach, ohne zum Schuß zu kommen. Währenddessen passierten drei Wildschweine zwischen ihm und mir durch, auf die ich nicht schießen konnte, ohne den Grafen zu gefährden. Ich berichtete ihm: „Schade, daß Excellenz weggegangen sind." — „Was!" sagte er: „eine solche Dummheit habe ich in meinem Leben noch nicht gemacht". Zu seinem Leidwesen traf Bismarck in späteren Jahren immer schlechter. Es ging ihm, wie seinem Oberförster; in der freien Luft wurden ihm die Augen feucht. Und das Ansehen auf Gauen wurde ihm zu sauer. Vorzüglich gab er das Jagen auf. Bei seiner Ankunft aus Varzin im Herbst 1884 sagte der Fürst zu mir: „Westphal, Sie müssen möglichst bald einen Keiler schießen, der über 300 Pfund wiegt; ich will ihn nach England verschenken." Die Ausführung dieses Befehls war nicht so leicht. Zwar wurden viele Sauen zur Strecke gebracht, aber keine hatte nur annähernd das verlangte Gewicht, noch weniger die paar erlegten Keiler. Im Januar ließ mir der Fürst schreiben, ich sollte, wenn ich einen so schweren Keiler nicht schießen könnte, einen kaufen. Auch das ließ sich nicht machen. Nun hatte ich vor mehreren Jahren im Schutzgebiet Chemnitz einen starken Keiler an linken Vorderlauf oberhalb der Schale gekreuzt. Seitdem wurde häufig eine starke Sau gespürt, die links vorn lahmte und die Schale nach außen zeigte. Förster Ritschow, der damals zugegen gewesen war, behauptete, daß diese angeblich Sau jener Keiler sei. Es wurden möglichst viele Schützen eingeladen und alle Männer, die aufzubieten waren, als Treiber angestellt, und zwar in einer Linie auf dem angrenzenden Felde in 200 Meter Abstand vom Dickicht. Wenn der Keiler sichtbar würde, sollten sie mit Geschrei auf ihn losgehen. Die Schützen standen auf den zwei anderen Seiten der Abteilung in 30 Schritt Entfernung, ich selbst in einer Ecke derselben gegenüber in recht dichtem Stangenholz. Jetzt wurde ein Lehrling mit drei guten Saufindern in das Dickicht geschickt. Bald fingen die Hunde an, Standlaut zu geben, und die Jagd bewegte sich auf die Treiber zu. Meine Aufregung war groß. Mit einem Male machten die Treiber ein mordsmäßiges Geschrei, dann war es wieder still; ich hörte von Weitem nur die Worte: „Den hewwe wi trügg kreege."

Die Jagd kam nun auf mich zu, machte aber im Dickicht halt. Die Hunde gaben wieder Standlaut, bis einer derselben furchtbar klagte; er war von dem Keiler geschlagen worden und verendete bald. Die Jagd kam dann langsam vorwärts, ich stand mit dem Drilling am Kopf. Plötzlich sprang ein Hund aus dem Dickicht, und hinter ihm sah ich die dunklen Umrisse des Keilers in schräger Richtung im Schritt vorbeigehen. Als er mir gegenüber war, packte ihn der eine Hund am Hinterlauf. Der Keiler machte halbrechts, dabei äugte er mich und dachte wohl: „Der Kerl ist an allem schuld!" Denn mit kräftigem Zusammenschlagen des Gebrechens — es klatschte so, als wenn man die Hände zusammenschlägt — kam er in schnellster Gangart auf mich zu. Ich schoß; da es stilles, trübes Wetter war, blieb der Pulverdampf vor meinen Augen stehen. Daher sah ich den Keiler erst wieder, als er bloß noch einige Flüchten zu mir zu machen hatte. Ich machte vor ihm Front, die Mündung meines Gewehrs ruhte auf seinem Rücken, als er nahe an mir vorbeipassierte. Jedenfalls hatte er die Absicht, mich zu schlagen, aufgegeben. Er hatte meinen Schuß in den Hals bekommen, die Kugel war in der Kehle steckengeblieben. Mein zweiter Schuß auf 50 Meter Entfernung ging fehl. Die Gangart des Keilers verlangsamte sich, und als er an den 300 Schritt entfernten Poniedelbach gelangte, tat er sich in das Wasser nieder. Er mußte aber noch einen Fangschuß erhalten, ehe er verendete.

Der alte Bursche wog unaufgebrochen in der Tat 380 Pfund, war aber mager. Meine Freude und die aller Varziner Jäger war groß. Der Keiler wurde sofort nach Berlin geschickt und Graf Wilhelm bescheinigte sein richtiges Eintreffen mit der Bemerkung: „Na, Westphal, einen besseren Keiler konnten Sie nicht schießen, an dem werden sich die Engländer die Zähne gut abnagen."

Eine beachtenswerte Frankfurter Sammlung.

Die Aussteller, Besucher und alle Freunde der neu erstandenen Frankfurter Buchmesse, die an weit zurückreichende rühmliche Traditionen des deutschen Buchgewerbes anknüpfen, wird die Mitteilung interessieren, daß im Frankfurter Kunstgewerbe-Museum nunmehr die in Fachkreisen bereits vielfach bekannte „Linel-Sammlung für Buch- und Schriftkunst" eröffnet und dauernd untergebracht worden ist. Um ihr sehr geschmackvolle und sachgemäße Aufstellung der meist außerordentlich kostbaren Stücke des reichen Vermächtnisses eines großherzigen Frankfurter Bürgers haben sich der Direktor des Frankfurter Kunstgewerbe-Museums Professor Dr. Robert Schmidt und seine Mitarbeiter erfolgreich bemüht.

Für die Besucherinnen, den Ruf Frankfurts als Pflegestätte des Buchhandels und -drucks neuerlich zu mehren, bedeutet der Uebergang der Linel-Sammlung in den Besitz der Stadt und ihre Unterbringung in den Räumen, in denen man sie jetzt bewundern kann, zweifelsohne eine sehr wirksame Förderung. Sowohl die Abteilungen für handgeschriebene und illuminierte Schriften wie die Gruppen, in denen die Künste der Buchdrucker vergangener Zeiten vom hohen Stand ihres Könnens Zeugnis ablegen, verdienen eingehende Beachtung. Ein gut gewählter Ausschnitt aus der wohl unerreichten und einzigartigen Linel-schen Stammbücher-Sammlung, die über 700 dieser reizvollen Bändchen aus geruhsameren Epochen umfaßt, wird gleichfalls eine starke Anziehungskraft ausüben.

Es scheint angebracht, schon heute darauf hinzuweisen, daß es sich für die Besucher der nächsten Frankfurter Buchmesse im Frühjahr 1923 — sie findet bekanntlich zusammen mit der 8. Frankfurter Internationalen Messe vom 15. bis 21. April statt — empfiehlt, dieser Sammlung für Buch- und Schriftkunst ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Deutsche Tannenbäume für England. In letzter Zeit sind in großen Mengen deutsche Tannenbäume für England in Hamburg bestellt worden. Ein Teil hat inzwischen mit den nach London und Leith abgegangenen Dampfern ihren Bestimmungsort erreicht und ist dort zum Verkauf gekommen. Es werden noch mehrere Waggonladungen Tannenbäume zur Ausfuhr nach England in Hamburg eintreffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19221219017/fragment/page=0002